

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

30.08.2023

Inhalt

EWN

1 Ministerium durchleuchtet Regas <i>Nordkurier - Demminer Zeitung, 30.08.2023</i>	3
2 Debatte um Industriestrompreis: „Neuregelung muss endlich für mehr Gerechtigkeit sorgen“ <i>Ostsee-Zeitung.de, 29.08.2023</i>	4
3 Atomare Abfälle: Endstation Zwischenlager? <i>dw.com, 29.08.2023</i>	7

📰 Nordkurier - Demminer Zeitung | 30.08.2023 | S. 3

📄 Auflage: 2.179 | Reichweite: 5.853

👤 Andreas Becker

Ministerium durchleuchtet Regas

Während auf Rügen weiter Widerstand gegen das geplante LNG-Terminal geleistet wird, prüft das Wirtschaftsministerium die künftigen Betreiber.

Binz. Reiner Geulen, Rechtsanwalt der Ostseegemeinde Binz, hatte den Stein ins Rollen gebracht. Der Jurist hatte der Deutschen Regas, dem privaten Betreiber der LNG-Terminals in Lubmin und auf Rügen, einen „intransparenten Finanzierungshintergrund“ unterstellt. Gegen die weitere Verwendung dieser Formulierung hatte sich das Unternehmen vor dem Landgericht München gewehrt. Eine entsprechende Klage auf eine Unterlassungserklärung wurde aber abgelehnt.

Zu den Akten ist der „intransparente Finanzierungshintergrund“ allerdings noch nicht gelegt. In der Zwischenzeit prüft das Bundeswirtschaftsministerium Finanzen und Struktur der Regas.

„Es muss garantiert werden, dass die Finanzierung der Energieinfrastruktur auf einer soliden, tragfähigen und fraglos legalen Finanzierung fußt und eventuelle Vorwürfe ausgeräumt werden“, teilte eine Sprecherin auf Nordkurier-Anfrage mit. Es sei für den Bund wichtig, sorgfältig im Vorfeld von Vertragsschlüssen marktübliche und erforderliche KYC-Prüfungen vorzunehmen.

Unter dem Know-your-Customer-Prinzip (KYC, englisch für „Lerne Deinen Kunden kennen“) versteht man die Prüfung der persönlichen Daten und Geschäftsda-

ten von Neukunden eines Kreditinstituts zur Prävention vor Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Zur Erinnerung: Die Geldwäsche-Vorwürfe gegen den Geschäftsführer des geplanten Rügener Flüssigerdgas-Terminals sind seit Mitte August vom Tisch. Die Rostocker Staatsanwaltschaft hatte nach Prüfung einer Strafanzeige keinen hinreichenden Anfangsverdacht gesehen. Die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen war abgelehnt worden.

Der Bund werde im Rahmen seiner Sorgfaltspflichten „eingehende Prüfungen der Eignung und Zuverlässigkeit des möglichen Vertragspartners“ durchführen, hatte Wirtschaftsstaatssekretär Philipp Nimmermann zuletzt im Zusammenhang mit der Regas angekündigt. „Dazu gehört im rechtlich möglichen und gebotenen Umfang auch die Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit und die Herkunft der Finanzmittel.“

Mittlerweile gibt es laut Habeck-Ministerium einen ersten Zwischenbericht der mit der Prüfung beauftragten Kanzlei. Demnach seien bislang keine Anhaltspunkte für problematische Vorgänge identifiziert worden. Der Endbericht werde voraussichtlich im Oktober vorliegen.

📄 Ostsee-Zeitung.de | 29.08.2023

👤 RND, dpa

🔗 WEBLINK

HOHE INFLATION, SCHWACHE KONJUNKTUR

Debatte um Industriestrompreis: „Neuregelung muss endlich für mehr Gerechtigkeit sorgen“

Brüssel

Im Streit um die Einführung eines Industriestrompreises gehen die Meinungen der Ampel vor der Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg weit auseinander. Ministerpräsidenten Kretschmann und Woidke befürworten eine Gesetzesänderung, ein Grünen-Politiker schlägt derweil eine europäische Lösung vor.

Vor der Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck seine Forderung nach einem staatlich subventionierten Strompreis für energieintensive Unternehmen bekräftigt. „Die Grundsatzfrage ist: Wollen wir in Zukunft in Deutschland energieintensive Industrie haben?“, sagte der Grünen-Politiker am Dienstag im ARD-„Morgenmagazin“. Er warnte vor Konsequenzen, falls diese Entlastung nicht kommt: „Ich sage nicht, dass die chemische Industrie, die Grundstoffindustrie dann morgen aus Deutschland verschwindet. Aber sie werden dann nicht in den Standort weiter investieren und perspektivisch dann Deutschland verlassen.“

Habeck will mit Milliarden-Hilfen im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie ermöglichen. Er hatte vorgeschlagen, bis 2030 für energieintensive Unternehmen den Strompreis auf 6 Cent pro Kilowattstunde zu deckeln. Das Geld soll aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) kommen.

Grüne und SPD für Industriestrompreis, FDP dagegen

Das Thema birgt neues Konfliktpotenzial für die Ampel-Regierung, die gerade erst den Streit über die Kindergrundsicherung beigelegt hat. Die FDP lehnt die Subvention ab, Kanzler Olaf Scholz (SPD) ist skeptisch. Die Grünen sind hingegen dafür, und auch Scholz' SPD-Fraktion beschloss am Montag ein Konzept für einen Industriestrompreis. Die Regierungsklausur in Meseberg an diesem Dienstag und Mittwoch wird sich auf die prekäre Wirtschaftslage und Rezepte zur Besserung konzentrieren. Ob auch über den Industriestrompreis gesprochen wird, ist offen.

Habeck betonte, dass er sich „mit Rücksicht auf den Haushalt“ auf energieintensive Unternehmen konzentrieren will, die im internationalen Wettbewerb stehen. Dies seien 2300 bis 2600 Firmen. Der FDP-Vorschlag, die Stromsteuer abzusenken, sei keine Entlastung für diese Unternehmen, da sie diese Steuer nicht zahlen müssten. Er sieht bei dem Thema Zeitdruck: „Wenn wir noch lange hier herumdiskutieren, dann ist es auch fast egal, was wir entscheiden, weil dann die Investitionsentscheidungen (...) getroffen sind.“

Kretschmann befürwortet begrenzten Industriestrompreis

Wegen hoher Energiepreise und einer schwächelnden Wirtschaft hat sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für die Einführung eines Industriestrompreises ausgesprochen. Die hohen Strompreise in Deutschland seien ein Problem. „Da bin ich gemeinsam mit Robert Habeck der Meinung, dass wir einen zeitlich begrenzten Industriestrompreis brauchen, der einigermaßen wettbewerbsfähig ist“, sagte der Grünen-Politiker der Deutschen Presse-Agentur.

Niemand wolle auf Dauer einen subventionierten Strompreis. „In der Übergangsphase, bis die großen Leitungen von Nord nach Süd stehen und sich die Situation durch den jetzt wieder an Fahrt gewinnenden Hochlauf der regenerativen Energien bessern wird, brauchen wir sowas aber schon.“

Kretschmann warnte zugleich davor, die wirtschaftliche Lage schlechter darzustellen, als sie sei. „Wir müssen aufpassen, dass wir die Lage nicht durch dauerndes Lamentieren verschlechtern.“ Die Produktivität sei nach wie vor hoch und Deutschland eine innovative

Region. „Wir sollten jetzt nicht so tun, als stünden wir am Abgrund. Das ist nicht so“, sagte der Regierungschef.

Die Landesregierung sei zudem nicht untätig. „Wir machen auch unsere Hausaufgaben, investieren in die digitale Infrastruktur, gehen die Digitalisierung der Verwaltung wirklich massiv mit allen Kräften an“, sagte Kretschmann. Auch gehe man den Abbau überbordender Bürokratie an und setze auf Künstliche Intelligenz. „Da sind wir führend in ganz Europa“, sagte Kretschmann.

Sinkende Wirtschaft in Baden-Württemberg

Die hohe Inflation, der stockende Konsum und die schwächelnde Weltwirtschaft machen den Unternehmen im Südwesten Probleme. So meldete das Statistische Landesamt erst kürzlich für die erste Jahreshälfte einen Rückgang der Exporte aus Baden-Württemberg um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, während bundesweit die Exporte im selben Zeitraum um 3,3 Prozent zulegen. Auch der in Baden-Württemberg stark vertretene Maschinenbau klagt über eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit und nennt als Grund fehlende Fachkräfte sowie hohe Energiepreise.

Das bereitet auch Kretschmann Sorge. „Sorgen hat man immer, das ist klar. Wir müssen einfach die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes erhöhen und eine gemeinsame Zukunftsagenda auf den Weg bringen“, sagte der Ministerpräsident. Er verwies auf das von der Bundesregierung geplante Wachstumschancengesetz. „Da sind wegweisende Dinge drin, die die Wirtschaft entlasten: Abschreibungsmöglichkeiten oder Steuersenkungen für Investitionen in Forschung und Entwicklung. Das ist, glaube ich, der richtige Weg“, sagte Kretschmann. Er sei zuversichtlich, dass das Gesetz bald komme.

Dass Baden-Württemberg bei globalen Wirtschaftskrisen immer besonders stark betroffen sei, sei nicht neu, so Kretschmann. „In solchen Situationen gehen wir immer tiefer runter als die anderen Regionen, gerade weil wir so exportstark sind.“ Wenn sich die Lage dann aber wieder verbessere, gingen die Kennzahlen aber in der Regel im Südwesten auch wieder schneller hoch als anderswo.

Woidke erwartet mit Strompreisreform mehr Gerechtigkeit

Die geplante Strompreisreform mit niedrigeren Gebühren für Regionen mit viel Windkraft ist aus Sicht von Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke notwendig für mehr Gerechtigkeit. „Endlich kommt

hier Bewegung rein“, sagte der SPD-Politiker der Deutschen Presse-Agentur. Dafür habe er lange gekämpft. „Die bundesweite Neuregelung muss endlich für mehr Gerechtigkeit sorgen. Auch wenn das Herrn Söder nicht passt.“

Niedersachsen, Brandenburg und Schleswig-Holstein sind die Länder mit den meisten Windrädern in Deutschland. Gemeinsam mit Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hatten sie im Juni faire Netzentgelte gefordert. Die zehn Länder kritisierten, dass die aktuellen Regelungen dazu führten, dass Stromverbraucherinnen und -verbraucher in Regionen mit einem starken Ausbau benachteiligt würden.

Die Bundesnetzagentur strebt eine Strompreisreform mit niedrigeren Gebühren für Regionen mit viel Windkraft an. Behördenpräsident Klaus Müller hatte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ Mitte August gesagt, bisher würden Regionen finanziell besonders belastet, die stark auf Windkraft setzten. Im Bundestag liege ein Gesetzentwurf, der der Netzagentur erlauben würde, faire Netzentgelte einzuführen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) warnt davor, dass der Strom im Süden teurer und im Norden billiger ist. Er sah in der „Süddeutschen Zeitung“ im August Süddeutschland als industrielles Herz der Republik in Gefahr.

„Das läuft bisher klar zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen in den Ländern, die erheblich die Erneuerbaren ausgebaut haben, darunter ganz vorne Brandenburg“, kritisierte Woidke. „Das Windrad vor dem Wohnzimmerfenster und die hohe Stromrechnung im Briefkasten.“

Der Ausbau der Windkraft an Land ist für die Bundesregierung wichtig, um Klimaschutzziele zu erreichen und Kohle und Gas zu ersetzen. Die Stromnetzentgelte sind ein Teil des Strompreises. Über sie wird zum Beispiel auch der Ausbau des Stromnetzes bezahlt. Sie sind laut Bundesnetzagentur im ländlichen Raum am höchsten, vor allem in den Bundesländern im Norden und im Osten Deutschlands.

EU-Abgeordneter will gesamteuropäische Lösung

Mit Blick auf die Debatte um den staatlich subventionierten Industriestrompreis fordert der grüne Europaabgeordnete Michael Bloss indes einen europäischen Weg. „Die Dekarbonisierung der Industrie ist eine Jahrhundertaufgabe, die Europa nur gemeinsam schaffen kann. Deshalb braucht es einen europäischen Industriestrompreis“, sagte Bloss der Deutschen Presse-Agentur. Frankreich schaffe mit subventioniertem Atomstrom bereits Vorteile für die eigene Industrie. Es brauche aber eine gesamteuropäische

Lösung: „Ein Subventionswettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten ist teuer, ineffektiv und schadet dem Industriestandort Europa.“

Nach Ansicht des EU-Abgeordneten Bloss solle ein Industriestrompreis nur für die Unternehmen gelten, die ihre Produktion effektiv klimafreundlicher gestalten. „Die Industrie muss lernen, ihre Produktion zeitlich an das vorhandene Stromangebot aus Erneuerbaren anzupassen und weiterhin auf die Preissignale der Strommärkten reagieren.“ So werde günstiger grüner Strom für Unternehmen und Haushalte sichergestellt.

Textilindustrie fordert Konzept für bezahlbare Energiepreise

Die deutsche Textil- und Modeindustrie blickt ebenfalls mit großen Sorgen auf die wirtschaftliche Lage und hat die Bundesregierung zu einem Kurswechsel aufgefordert. Die Kabinettsklausur in Meseberg sei die

letzte Chance, den Faden in der Industriepolitik neu einzufädeln, so Hauptgeschäftsführer Uwe Mazura mit Blick vor allem auf die hohen Energiepreise: „Wenn das nicht gelingt, wird die Ampel-Koalition sehenden Auges zulassen, dass der mittelständischen Industrie und damit unserer gesamten Wirtschaft der Boden unter den Füßen weggezogen wird.“ Notwendig sei ein Konzept für bezahlbare Energiepreise für die mittelständische Industrie.

Die Energiekosten seien für die Branche mit ihren über 120.000 Beschäftigten existenziell, damit sie noch am Standort Deutschland produzieren könne, so Mazura: „Meseberg muss endlich Klarheit für die Unternehmen bringen.“ Die Ampel-Koalition sei gerade dabei, ausgerechnet die leistungsfähigen mittelständischen Branchen „platt zu machen“, die den Schlüssel für Transformation, Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft in der Hand hielten.

Atomare Abfälle: Endstation Zwischenlager?

Da noch immer kein Endlager in Sicht ist, bleiben die dezentralen Atomlager noch Jahrzehnte in Betrieb. Die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung gibt dafür über 270 Millionen Euro im Jahr aus.

Mit der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke am 15. April in diesem Jahr wurde der Ausstieg aus der Atomenergie besiegelt. Damit sind die Probleme jedoch nicht vom Tisch. Ungelöst bleibt weiterhin die Frage: Wohin auf Dauer mit dem in Spezialbehältern für hochradioaktive Materialien, sogenannten Castoren, verpackten strahlenden Abfall. Da ein Endlager nicht in Sicht ist, verbleiben die abgebrannten Brennelemente noch über Jahrzehnte in den Zwischenlagern. Zuständig für Betrieb und Sicherheit ist die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung mbh (BGZ) mit Sitz in Essen, die rund 600 Mitarbeiter beschäftigt. Derzeit befinden sich etwa 1200 Behälter mit hoch radioaktiven Abfällen in den insgesamt 17 Zwischenlagern. "Am Ende", blickt BGZ-Sprecherin Janine Tokarski nach vorn, "rechnen wir mit rund 1800 Behältern in ganz Deutschland, die für die Endlagerung vorgesehen sind."

Mit der Festlegung auf einen Endlager-Standort rechnet die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach den Worten von Janine Tokarski "frühestens in den 2040er Jahren". Weitere 20 bis 30 Jahre werden danach voraussichtlich noch für die Planung und den Bau vergehen. Daher geht Tokarski davon aus, "dass frühestens in den 2060er Jahren die hochradioaktiven Abfälle aus den Zwischenlagern abtransportiert werden können". Und weitere 30 Jahre werde es wohl dauern, um alle Zwischenlager zu leeren und die Castorbehälter ins Endlager zu bringen. Bis dahin verschlingt die Zwischenlagerung reichlich Geld. So beliefen sich die Kosten der BGZ im vergangenen Jahr auf 271 Millionen Euro. 191 Millionen entfielen auf den Betrieb und rund 80 Millionen Euro auf Investitionen in die Zwischenlager.

Festungsartig gesicherte Anlage

1992 wurden die ersten Castoren mit hoch radioaktiven Brennelementen im Zwischenlager in Ahaus (Bundesland Nordrhein-Westfalen) eingelagert. Die

ses festungsartig gesicherte Gebäude im Münsterland ist knapp 200 Meter lang und fast 20 Meter hoch. Unter dem Dach stapeln sich über 300 gelbe Behälter mit Brennelemente-Kugeln aus dem Thorium-Hochtemperatur-Reaktor in Hamm-Uentrop sowie 18 blaue Behälter mit Brennelementen u.a. aus dem Forschungsreaktor in Dresden-Rossendorf. Außerdem mit sechs Metern Größe unübersehbar sechs 120 Tonnen schwere Castor-5 Behälter. 40 Jahre sollen diese Castorbehälter mindestens dichthalten.

Überprüft wird die Dichtigkeit rund um die Uhr. Und das funktioniert über einen Druckschalter, der im Doppel-Deckel-Dichtsystem dieser Castoren installiert ist, erläutert David Knollmann von der BGZ in Ahaus. "Da wird ein Gas eingefüllt zwischen den beiden Deckeln. Und zwar ein Helium-Gas mit einem bestimmten Druck. Und dieser Druckschalter überwacht, dass ein bestimmter Grenzwert nicht überschritten wird." Über ein an der Außenwand der Castoren führendes Kabel, das an den Druckschalter angeschlossen ist, werden die Messwerte kontinuierlich an das Lagerbehälter-Überwachungssystem übermittelt. "In über 30 Jahren", sagt David Knollmann, "hatten wir noch keinen Reparaturfall."

Nicht nur deutsche Aufsichtsbehörden wachen über die Dichtheit der Behälter mit den hoch radioaktiven Inhalten. Auch Vertreter von Euratom und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) kommen zu Kontrollen in Ahaus vorbei. Nicht immer angekündigt. Außerdem haben sowohl Euratom als auch IAEA eigene Kameras installiert, um zu dokumentieren, was im Zwischenlager vor sich geht. Das Zwischenlager Ahaus verfügt insgesamt über 210 Stellplätze für Großbehälter. "Von denen sind aktuell 68 Plätze belegt", bilanziert David Knollmann. "Da ist also noch Platz. Aber mit Blick auf das, was zukünftig noch kommen könnte, wird dieser Platz nicht ausgeschöpft."

Auch wenn dieser Platz nicht ausgeschöpft wird, er-

wartet man in Ahaus "Nachschub" an Castorbehältern. Dabei geht es um hoch radioaktive Abfälle aus den Forschungsreaktoren Garching bei München, aus Mainz und Berlin. Auch für die rund 150 Behälter, die noch am Standort des ehemaligen Forschungsreaktors in Jülich stehen, ist in Ahaus Platz vorgesehen.

Betriebsgenehmigung für weitere Jahrzehnte erforderlich

Neben den Zwischenlagern in Ahaus und Gronau betreibt die BGZ dezentrale Zwischenlager an den Standorten aller deutschen Kernkraftwerke. Auch nach deren Abschaltung. Dort, in eigens gesicherten Gebäuden, verbleiben die in Castoren verpackten Brennelemente bis zur Inbetriebnahme eines Endlagers. Wann immer das sein mag. Zwischengelagert werden müssen zusätzlich noch Abfälle, die irgendwann aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien zurückgehen an die Standorte Brokdorf, Philippsburg und Isar. Jedenfalls dann, so David Knollmann, "wenn alle genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen".

Neben dem Lagerbereich für hoch radioaktive Abfälle befindet sich unter dem Dach des rund 5.700 Quadratmetern großen Zwischenlagers Ahaus im östlichen Teil außerdem ein Depot für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Ebenfalls verpackt in Containern. Dabei, erläutert David Knollmann, handelt es sich um zerkleinerte "Abfälle, die beim Rückbau und beim Be-

trieb eines Atomkraftwerks entstehen. Das sind zum Beispiel Anlagenteile, Pumpen, Filtermaterial. Dinge, die radioaktiv kontaminiert sind und nicht konventionell entsorgt werden können." Diese sogenannten Konrad-Container bleiben aber nicht ewig in Ahaus oder anderen Zwischenlagern, sondern kommen in das dafür angelegte Endlager "Schacht Konrad" bei Salzgitter. Dieses Endlager soll, so Janine Tokarski, "nach aktuellem Stand Anfang der 2030er Jahre betriebsbereit sein".

Für alle Zwischenlager der BGZ gilt übrigens eine auf 40 Jahre begrenzte Betriebsgenehmigung. Die für das Zwischenlager Ahaus beispielsweise läuft schon 2036 ab. Da Genehmigungsverfahren dauern, will man für das Lager in Ahaus spätestens 2028 beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung einen entsprechenden Antrag stellen. Auch alle anderen Zwischenlager benötigen eine Verlängerung. Schließlich rechnen Skeptiker damit, dass ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle möglicherweise erst 2090 oder noch später in Betrieb gehen kann.

Auch wenn die Kernkraftwerke nach ihrem Rückbau eines Tages von der Bildfläche verschwunden sein werden, muss sich die BGZ im Zuge des Ausstiegsprozesses auf eine lange und kostspielige Zwischenlagerzeit der strahlenden Abfälle einrichten. In Ahaus befürchten bereits viele Einwohner, dass aus dem Zwischenlager vor ihrer Haustür ein "heimliches Endlager" werden könnte.



Bildunterschrift: *Atomwaste-Zwischenlager in Ahaus (Nordrhein-Westfalen) - Bild: Christopher Mick/BGZ*



© Christopher Mick/BGZ

Bildunterschrift: Festungsartiger Bau für den radioaktiven Abfall - Bild: Christopher Mick/BGZ



© Christopher Mick/BGZ

Bildunterschrift: Die Behälter für Atommüll sollen mindestens 40 Jahre dichthalten - Bild: Christopher Mick/BGZ